



Die Welt wird neu geordnet und die Ampel demontiert die Soziale Marktwirtschaft!

Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen sind groß, die Antworten der Ampel vielfältig und bunt. Sie kommen im Stakkato-Rhythmus, ohne fundierte ökonomische Analyse und ohne ordnungspolitische Linie: Milliardenschwere Kreditermächtigungen, Klimageld, Energiegeld, höherer Spitzensteuersatz, Tankrabbatt, 9-Euro-Ticket, politischer Mindestlohn, höchste Rentenerhöhung seit 30 Jahren, Überwälzung von Heizkosten auf Vermieter, Übergewinnsteuer, Zerschlagung von Konzernen, Auflösung des Gasnetzes, Sparappelle. Aktive politische Gestaltung wird durch defensive Umverteilung ersetzt. Grundfesten der Sozialen Marktwirtschaft wie Eigentum, Verknüpfung von Haftung und Verantwortung, Verlässlichkeit politischen Handelns, Leistungsanreize werden untergraben. Insoweit als die Ampel die Bürgerinnen und Bürger vor allen Herausforderungen schützen will, verspricht sie mehr, als Politik halten kann. Politik muss absichern, ja, vielmehr aber muss sie für Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft Freiräume schaffen, einen Ordnungsrahmen bieten, für Standortvoraussetzungen sorgen, damit diese selbst mit den Herausforderungen umgehen können. Stattdessen wird der Staat immer weiter überfordert, während der Spielraum für die private Wirtschaft sukzessive eingeschränkt wird. So geht die Soziale Marktwirtschaft den Bach runter. Wir bleiben als Land immer weiter hinter unseren Möglichkeiten zurück. Wir brauchen eine Zeitenwende – auch in der Wirtschaftspolitik.

Die Neuordnung der geopolitischen Sicherheitsarchitektur, Corona, Klimawandel, Energieversorgung, Digitalisierung, Demografie und Fachkräftemangel setzen die Unternehmen unter einen komplexen und langfristigen Anpassungsdruck. Weil Unternehmen in Innovationen und Zukunft investieren müssen – sie tragen 80 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen – brauchen sie Spielräume, d. h. Gewinne. Höhere Spitzensteuersätze treffen vor allem die Investitionskraft der zahlreichen Personenunternehmen. Weil Betriebe ihre Lieferketten neu ausrichten müssen, brauchen sie Flexibilität und keine erstickende Bürokratie durch ein praxisfernes Lieferkettengesetz. Weil Fachkräftemangel das Wachstum zunehmend begrenzt, brauchen sie eine moderne Zuwanderungspolitik, ein modernes Arbeitsrecht, aber keine politischen Mindestlöhne. Die Energiewende hat die Energieversorgung teurer und unsicherer gemacht. Die einseitige Abhängigkeit von Russland kommt als Bumerang zurück. Es ist höchste Zeit für eine Energiepolitik ohne Ideologie, für eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken, wieder mehr Kohleverstromung, ein schnelles Hochfahren der heimischen Gasförderung, eine leistungsfähige europaweite Energieinfrastruktur und eine Diversifizierung des Energiebezugs einschließlich LNG.

Energiesparen allein ist zu wenig. Weil wir im globalen Technologiewettbewerb zurückfallen, müssen wir mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben. Es ist höchste Zeit für mehr Tempo in der Digitalisierung. Und nicht zuletzt brauchen wir internationale wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern. Das sind die Stellschrauben, an denen eine nachhaltige Politik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft ansetzen muss.

Dem steht eine Politik gegenüber, die auf eine extrem lockere Geldpolitik mit einem Geldüberhang in Billionenhöhe und auf staatliche Ausgabenprogramme finanziert durch immer mehr Staatsschulden setzt. Staatsschulden schaffen aber nicht mehr Ressourcen. Entlastungspakete können weder das Gas herbeischaffen, das uns fehlt, sie können die Lieferketten nicht reparieren, die unsicher geworden sind, sie können die Fachkräfte nicht beibringen, die wir benötigen, sie können die Rohstoffe nicht beschaffen, die wir brauchen, sie können Kernkraft und Kohle nicht ersetzen, die wir abschalten. Weil das so ist, heizt jede staatlich getragene und schuldenfinanzierte Nachfrage die Inflation nur an. Staatsschulden verdrängen private Investitionen, die wir für die Zukunftsherausforderungen brauchen. So steuern wir immer mehr in eine Stagflation.

Natürlich muss der Staat seinerseits zentrale Zukunftsinvestitionen schultern. Es ist absolut richtig und überfällig, 100 Milliarden Euro und noch viel mehr in die Bundeswehr zu investieren, wir brauchen Investitionen in Digitalisierung, Energieinfrastruktur etc. Aber statt immer mehr Schulden anzuhäufen, ist es überfällig, die Staatsausgaben auf den Prüfstand zu setzen. Die Schuldenbremse ist zu halten, sie ist ja gerade für solche Situationen gedacht. Zukunftsinvestitionen müssen Vorrang vor Gegenwartstransfers erhalten. Gute Politik zeigt sich an der Fähigkeit, bei den Ausgaben Prioritäten zu setzen.

Der neue Akt im Drama der europäischen Staatsschuldenkrise zeigt, die Kombination einer lockeren Geldpolitik im Verbund mit einer lockeren Schuldenpolitik kann keine Probleme lösen. Weil Italien die Reformen zu spät und zu wenig angegangen ist, weil der Staatshaushalt nicht ausreichend konsolidiert wurde, wiederholt sich die Krise. Fährt die EZB Anleihekäufe wieder hoch, setzt sie erneut Fehlanreize und konterkariert eine Antiinflationpolitik. So bleiben wir im Dilemma. Nur Strukturreformen führen heraus.

Wir brauchen wieder mehr Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard, d. h. unternehmerische Freiheit, Eigentum, Markt und Wettbewerb. Statt Herausforderungen passiv zu erdulden, muss Politik Zukunft aktiv gestalten.

Zusammen mit den Vorsitzenden der Ausschüsse, Bezirke und Foren werden wir in eine neue Phase der ordnungspolitischen Debatte starten. Ihre Anmerkungen, Kommentare und Beiträge sind jederzeit herzlich willkommen. Wir werden das gerne aufgreifen.

München, den 20. Juni 2022

Dr. Hans Schachtner
Generalsekretär